

Antrag der AUF-Fraktion:

Regeln zum Abstellen von E-Scootern schaffen - Gehwege freihalten

Antragstext:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, Vereinbarungen mit den Anbietern von E-Scootern zu treffen. Darin sollen diese garantieren, dass Nutzer von E-Scootern künftig dokumentieren müssen, wie sie die E-Scooter abgestellt haben. Das kann durch Fotos geschehen, die die Nutzer beim Abstellen des E-Scooters machen.

Weiter bittet der Ortsbeirat Mainz-Kostheim darum, Maßnahmen zu verabreden, die verhindern können, dass E-Scooter nicht ordnungsgemäß abgestellt werden und zu prüfen, inwieweit stärkere Kontrollpflichten der Anbieter rechtlich durchsetzbar sind.

Begründung:

Das wilde Abstellen der E-Scooter u.a. auf Geh- und Radwegen und vor Ein- und Ausfahrten ist nicht nur illegal, es gefährdet in hohem Maße andere Verkehrsteilnehmer.

Aus diesem Grund haben Städte wie Berlin und Hamburg bereits Maßnahmen ergriffen, um die Abstellssituation und damit die Verkehrssicherheit nachhaltig zu verbessern. So ist in der Muster-Sondernutzungsgenehmigung des Berliner Senats die Rede davon, dass künftig dokumentiert werden muss, dass die E-Scooter ordnungsgemäß geparkt wurden. Das könne durch Fotos der Nutzer oder andere geeignete technische Vorkehrungen geschehen.

Auch in Karlsruhe geht man diesen Weg, das ordnungsgemäße Abstellen der EScooter durch ein verbindliches Foto sicher zu stellen. Sollten sich E-Scooter-Nutzer nicht an diese Regeln halten, sind zukünftig auch entsprechende Verwarnungen mit Verwarnungsgeld vorgesehen. Anbieter wie zum Beispiel Lime fordern diese Dokumentation der Abstellssituation bereits von der Kundschaft: Der Nutzer muss bei der Rückgabe seinen geparkten E-Scooter fotografieren und das Foto per App hochladen.

Wiesbaden, 31.01.2023